

## Auf Wilhelm Liebknecht kann die deutsche Arbeiterbewegung stolz sein

# Ein Sozialdemokrat Marxscher Schule

**W**ilhelm Liebknecht wurde am 29. März 1826 in Gießen geboren. Nach dem Abitur studierte er dort sowie in Berlin und Marburg Philologie, Theologie und Philosophie. Die Lage breiter Volksschichten, aber auch das leidvolle Schicksal seines Großonkels, des Pfarrers Friedrich Ludwig Weidig, der gemeinsam mit Georg Büchner die revolutionäre Flugschrift „Hessischer Landbote“ herausbrachte, beeinflussten ihn frühzeitig.

Seine kritische Haltung zur bestehenden Ordnung fand im Enthusiasmus für die Ideen der Großen Französischen Revolution beredten Ausdruck. Werke utopischer Sozialisten regten ihn zu eigenen Lebensentwürfen an. So nahm er sich vor, keinesfalls Beamter in einer Monarchie zu werden, sondern nach Amerika auszuwandern.

Den bereits vor der 48er Revolution beginnenden staatlichen Repressionen entzog er sich durch die Reise in die „Neue Welt“. Doch unterwegs änderte er seine Entscheidung und nahm im Juli 1847 eine Lehrtätigkeit an der Züricher Musterschule Friedrich Fröbels auf. Im deutschen Arbeiterverein konnte er schnell Kontakt zu anderen Mitstreitern herstellen.

Im Februar 1848 erreichte ihn die Nachricht vom Beginn der Revolution in Frankreich. Er eilte sofort nach Paris, um den Barrikadenkämpfern beizustehen. Bei seinem Eintreffen war der König bereits gestürzt, worauf er in die Schweiz zurückkehrte.

Während des republikanischen Aufstandes in Baden überschritt Wilhelm Liebknecht im September 1848 mit Gleichgesinnten die Rheingrenze. In Lörrach hatte Gustav von Struve die Deutsche Republik ausgerufen. Diese Bewegung fand die Unterstützung badischer Soldaten. Reichstruppen unterdrückten deren Aufstand. Wilhelm Liebknecht wurde eingekerkert. Während der fast achtmonatigen Haft lernte er Ernestine Landolt – seine spätere Frau – kennen.

Im Verlauf der Reichsverfassungskampagne befreiten Soldaten im Mai 1849 die Gefangenen in der Festung Rastatt. Wilhelm Liebknecht schrieb in seinen Memoiren: „Aus dem Gefängnis in die Freiheit – das ist schon ein Genuß ... Aber aus dem Gefängnis in die Revolution! Das ist tausendfacher Genuß!“ Als bald trat er in die badische Volkswehr ein und wurde Leutnant im Mannheimer Arbeiterbataillon.

Preußisches Militär zerschlug die bewaffneten Formationen. Als einem der Freiwilligen auf seiten der Revolution drohte Wilhelm Liebknecht die standrechtliche Erschießung. Die Flucht in die Schweiz war für ihn der rettende Ausweg. In Genf trat Wilhelm Liebknecht einem deutschen Arbeiterverein bei. Hier studierte und propagierte er das „Manifest der Kommunistischen Partei“. Ein Gedankenaustausch mit Friedrich Engels half ihm,



**August Bebel und Wilhelm Liebknecht prägten die frühe deutsche Arbeiterbewegung.**

die Aufgaben der Arbeiterklasse in der bürgerlichen Revolution tiefer zu erfassen. Als Präsident seines Vereins berief er einen Kongreß aller deutschen Arbeitervereine in der Schweiz ein, um deren Kooperation zu vereinbaren.

Der Schweizer Staat reagierte auf das Vorhaben mit der Beschuldigung, in Deutschland fänden Putschvorbereitungen statt. Verhaftungen und Ausweisungen folgten. Wilhelm Liebknecht wurde inhaftiert und im April 1850 zur Ausreise nach England gezwungen. In London lernte er Karl Marx und dessen Familie kennen, zu der sich ein herzliches Verhältnis entwickelte. In der zwölfjährigen Emigration wurde Wilhelm Liebknecht Schüler, Freund und Kampfgefährte von Marx und schließlich selbst Marxist. Sein besonderes Interesse galt der Tätigkeit des Bundes der Kommunisten, dem er beitrug. Seine Mitglieder debattierten über ihre in der bürgerlichen Revolution gewonnenen Erfahrungen.

Nach der Amnestie in Preußen übersiedelte die Familie im August 1862 nach Berlin, wo Wilhelm Liebknecht ein Jahr später dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein beitrug. Er wollte dem ADAV helfen, sich zu einer revolutionären Arbeiterpartei zu entwickeln. Am 28. September 1864 wurde die Internationale Arbeiterassoziation – die I. Internationale – gegründet. Wilhelm Liebknecht warb in Berliner Arbeiterkreisen für die von Karl Marx erarbeitete Inauguraladresse der IAA. In der Zeitung „Der Social-Demokrat“ wies er auf Fehlorientierungen des ADAV hin. Wegen der Kollaboration des Vereinspräsidenten mit Bismarck schied er im Februar 1865 aus der Redaktion des Blattes wieder aus. Anhänger Lassalles veranlaßten daraufhin seinen Ausschluß aus dem ADAV sowie seine Ausweisung aus Berlin.

Bei der Suche nach einem neuen Wirkungskreis lernte Wilhelm Liebknecht im August 1865 in Leipzig August Bebel kennen. In ihren Gesprächen über den Weg zur Schaffung der demokratischen Einheit Deutschlands und die Möglichkeiten der Arbeiterbewegung entschlossen sie sich, mit Unterstützung dortiger Arbeitervereine die Sächsische Volkspartei zu gründen. Deren Anliegen bestand darin, eine Volksbewegung gegen das Bismarck-Regime zu schaffen, um dessen „Revolution von oben“ mit der „Revolution von unten“ begegnen zu können. Sie erkannten im preußischen Militarismus das Haupthindernis für die Entstehung einer einheitlichen deutschen demokratischen Republik.

Mit der am 19. August 1866 gegründeten Sächsischen Volkspartei erreichten sie den Einzug von Arbeitervertretern in den Norddeutschen Reichstag. Das gelang August Bebel im Februar und Wilhelm Liebknecht im August 1867. Nun konnten sie die Parlamentstribüne zur Aufklärung über die Ziele der Partei nutzen. In diese Zeit fällt der Tod Ernestines, der Frau Wilhelm Liebknechts. Die Verantwortung für die Erziehung der beiden Töchter oblag ihm nun ganz allein. Ein Jahr später heiratete er erneut. Aus der Ehe mit Natalie Reh gingen fünf Söhne hervor. Wilhelm Liebknecht propagierte ohne Unterlaß den Zusammenhang zwischen Krieg und Kapitalismus sowie von Frieden und Sozialismus. Er machte klar, daß es keinen

Frieden mit dem monarchistisch-bourgeois Staat geben könne. Dieser müsse vielmehr gestürzt werden.

Der Nürnberger Vereinstag des Verbandes Deutscher Arbeitervereine nahm im August 1866 die von Wilhelm Liebknecht vorgebrachten antimilitaristischen Forderungen in sein Programm auf. Die Teilnehmer legten fest, bei Wahlen solchen Kandidaten den Vorzug zu geben, die keinen Groschen für den Militäretat bewilligen würden. Damit erhob man den sozialdemokratischen Leitspruch „Diesem System keinen Mann und keinen Groschen!“ zum Prinzip. Die Beschlüsse des Nürnberger Vereinstages trugen zur Befreiung des VDAV von der Vormundschaft der Bourgeoisie bei.

Im September 1868 bestimmte der Generalrat der I. Internationale Wilhelm Liebknecht zu seinem Korrespondenten und Bevollmächtigten in Deutschland.

Die im August 1869 auf dem Eisenacher Parteitag gegründete Sozialdemokratische Arbeiterpartei war die erste sich im nationalen Maßstab formierende revolutionäre Arbeiterpartei. Ihr Zentralorgan wurde der „Volksstaat“, dessen Redaktion Wilhelm Liebknecht übernahm.

Im Deutsch-Französischen Krieg 1870/71 übten er und August Bebel Stimmhaltung beim ersten Votum über die Kriegskredite im Juli 1870. Nach Ausrufung der Republik in Frankreich und dem Übergang des Deutschen Reiches zur Strategie eines Eroberungskrieges lehnten beide Politiker die Gewährung weiterer Kriegskredite ab. Ihr Nein bei der zweiten Abstimmung im November 1871 verbanden sie mit der Forderung nach einem gerechten Frieden für Frankreich – ohne Annexion von Elsaß-Lothringen.

Im Dezember 1870 wurden Wilhelm Liebknecht und August Bebel verhaftet. Beide erhielten wegen „Hochverrats“ jeweils zwei Jahre Festungshaft. Im Ergebnis des Verfahrens wuchs die Popularität der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei und ihrer angeklagten Mitglieder, zu denen auch Adolf Hepner gehört hatte. Ihre mutige Solidarität mit der Pariser Commune zahlte sich in Prestigeerfolg aus.

Immer klarer wurde, daß die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung überwunden werden mußte. Auf dem Coburger Parteitag (1874) setzte sich Wilhelm Liebknecht für die Aktionseinheit von ADAV und SAPD ein, um die Vereinigung vorzubereiten. Er betrachtete den Zusammenschluß der Parteien als ein vorrangiges Erfordernis des Klassenkampfes und hielt die Herbeiführung programmatischer Übereinstimmung für eine später gemeinsam zu lösende Aufgabe. Trotz theoretischer Defizite entstand im Urteil Lenins eine Partei, in der die Hegemonie des Marxismus gesichert war.

Der Staat Bismarcks reagierte auf die Vereinigung mit dem Parteiverbot. Im Oktober 1878 nahm der Reichstag das „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ an. Daraufhin beschlossen das Zentralwahlkomitee (Parteivorstand) und die Reichstagsfraktion der Partei die Selbstaflösung. Sie taten es

gegen die Meinung August Bebels, Wilhelm Liebknechts, Wilhelm Brackes und anderer Genossen. Bebel regte die Bildung eines Unterstützungskomitees an, das den legalen und den illegalen Kampf der Partei zu leiten und die gegenseitige Solidarität der Mitglieder zu organisieren begann.

Erhebliche Erschwernisse brachte die schikanöse Verhängung des kleinen Belagerungszustandes über Städte mit sich. Im Juni 1881 wurden Wilhelm Liebknecht, August Bebel, Wilhelm Hasenclever und weitere 28 Sozialdemokraten aus Leipzig ausgewiesen. Von Borsdorf aus bemühten sich Liebknecht und Bebel, die Verbindung zur Partei und zu ihren Familien aufrechtzuerhalten.

In Zürich erschien in dieser Zeit die illegale Zeitung „Der Sozialdemokrat“. Die Solidarität schweizerischer, dänischer, englischer und französischer Sozialisten, aber auch die im Juli 1889 erfolgte Gründung der II. Internationale, an deren Entstehung Wilhelm Liebknecht führend beteiligt war, ermöglichten das Zusammenwirken der internationalen Sozialdemokratie. Diese forderte von der Arbeiterklasse, „den Frieden als die erste und unerläßliche Bedingung jeder Arbeiteremanzipation“ zu erhalten.

Als einer der bekanntesten Internationalisten der deutschen Sozialdemokratie unternahm Wilhelm Liebknecht gemeinsam mit Eleonore Marx und Edward Aveling im Herbst 1886 eine Vortragsreise in die USA, um vom Kampf der deutschen Arbeiterklasse gegen das Sozialistengesetz zu berichten. Der Widerstand gegen dieses trug in erheblichem Maße zum Sturz Bismarcks bei.

Die neu gewonnene Legalität ermöglichte es der Partei, Fehler im Programm zu korrigieren. Unentbehrlich waren dabei die Kritik von Marx und Engels, mehrere Entwürfe Wilhelm Liebknechts oder des Parteivorstandes und ein Vorschlag der Zeitschrift „Die Neue Zeit“. Die Annahme des Erfurter Programms der SPD bildete einen Höhepunkt im Klassenkampf. Auf dem Internationalen Arbeiterkongreß in Brüssel, der kurz zuvor stattfand, warnte Wilhelm Liebknecht vor einem drohenden Weltkrieg und betonte, daß allein die Schaffung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung dem Militarismus ein Ende setzen und den Frieden unter den Völkern sichern könne.

Im September 1895 war Wladimir Iljitsch Lenin bei Wilhelm Liebknecht zu Gast. Ihn interessierte die Agitations- und Propagandaarbeit der Partei. Danach empfahl Lenin den Arbeitern Rußlands, von dem bewährten „Volkstribunen“ der deutschen Sozialdemokratie, Wilhelm Liebknecht, zu lernen, allen die welthistorische Bedeutung des Befreiungskampfes des Proletariats klar zu machen. Er besorgte die Übersetzung einiger Schriften Wilhelm Liebknechts ins Russische. Dazu gehörten u. a.: „Was die Sozialdemokraten sind und was sie wollen“ (1877); „Das Programm der Partei“ (1890) sowie „Staatssozialismus und revolutionäre Sozialdemokratie“ (1892).

Um die Jahrhundertwende trat der Kapitalismus in sein imperialistisches Stadium

ein. Für die Arbeiterbewegung begann eine neue Etappe des Klassenkampfes. Das Wetttrüben der kapitalistischen Staaten und die Kriegsvorbereitungen nahmen immer bedrohlichere Ausmaße an. Friedrich Engels zog 1887 den Schluß: „Und endlich ist kein anderer Krieg für Preußen-Deutschland mehr möglich als ein Weltkrieg ... von einer bisher nie geahnten Ausdehnung und Heftigkeit ... nur ein Resultat ist absolut sicher: die allgemeine Erschöpfung und die Herstellung der Bedingungen des schließlichen Siegs der Arbeiterklasse.“ Mit seiner Schrift „Kann Europa abrüsten?“ unterstützte er die Friedenspolitik der SPD. Sie war der erste konstruktive Abrüstungsvorschlag im Weltmaßstab.

Mit der Epoche des Imperialismus kam auch der Revisionismus auf. Ab 1896 war Eduard Bernstein sein Protagonist. Er verneinte die historische Mission der Arbeiterklasse und wollte die SPD zu einer „demokratisch-sozialistischen Reformpartei“ umbilden. Bernstein begrüßte auch, daß Millerand 1899 als Minister in eine bürgerliche Regierung Frankreichs eintrat. Wilhelm Liebknecht reagierte darauf mit den Worten: „Ein Sozialist, der in eine Bourgeoisregierung eintritt, geht entweder zum Feind über oder er gibt sich in die Gewalt des Feindes.“ Mit gleicher Konsequenz antwortete er am 15. März 1891 in einem Schreiben an die Französische Arbeiterpartei auf Vorwürfe, die SPD habe seit dem Sieg über das Sozialistengesetz aufgehört, revolutionär und international zu sein. Er entgegnete: „Wir sind, was wir waren und was wir stets sein werden: Sozialdemokraten! Und die Sozialdemokratie ist entweder revolutionär und international – oder sie ist nichts!“

In seiner letzten öffentlichen Rede verurteilte Wilhelm Liebknecht am 28. Juli 1900 in Dresden die Aggressionspolitik des Deutschen Reiches, darunter seine Chinafeldzüge und insbesondere die Hunnenrede Wilhelms II.

Das von Sorgen um den Unterhalt für seine Familie, Anfeindungen, Einkerkelungen und Ausweisungen belastete Leben Wilhelm Liebknechts endete am 7. August 1900. Über 120 000 Menschen erwiesen dem „Soldaten der Revolution“ mit einem Spalier von Charlottenburg bis Friedrichsfelde die letzte Ehre. Anteilnahme bekundeten zahlreiche Organisationen der internationalen Arbeiterbewegung. Lenin, Redakteur der ersten illegalen russischen Arbeiterzeitung „Iskra“, widmete Wilhelm Liebknecht den Leitartikel.

Der heutigen SPD-Führung galten weder Wilhelm noch sein Sohn Karl Liebknecht als des Gedenkens würdige politische Vorbilder. Sie gehört längst zu den Stützen des kapitalistischen Staates und befürwortet Militarismus, Rüstungsexporte und Aggressionskriege.

Angesichts dessen besitzt das revolutionäre und klassenkämpferische Vermächtnis Wilhelm Liebknechts nicht zuletzt auch für politisch redlich gebliebene Sozialdemokraten unserer Tage einen spezifischen Wert.

## Bitterfelder Konzerne belieferten Wilhelm II. und Hitler mit Giftgas

# Von Blau- und Gelbkreuz zu Zyklon B

Am ersten weltweiten Krieg waren sämtliche entwickelten Industriestaaten beteiligt. Zum ersten Mal in der Geschichte wurden die gewaltigsten Errungenschaften der Technik in solchen Ausmaßen, so zerstörerisch und mit solcher Energie zur Massenvernichtung von Millionen Menschen verwendet. Drastisch zeigte sich der wachsende Stellenwert der Industrie für Zwecke des Militärs und der Kriegsführung. Als der deutsche Imperialismus in seinem abenteuerlichen Drang nach einer Neuaufteilung der Welt das Völkermorden auslöste,

Noch stärker als der Wegfall des Exports – bei Fertigwaren immerhin etwa ein Drittel des Erzeugten – wirkte sich der Mangel an importierten Rohstoffen aus.

Die Erfordernisse des Krieges zwangen das kaiserliche Deutschland zu einer umfassenden wirtschaftlichen Mobilisierung mit dem Ziel, die industrielle Produktion maximal für militärische Zwecke zu nutzen.

1914 stand die deutsche Wirtschaft den ökonomischen Anforderungen dieses bis dahin größten und verheerendsten aller Kriege zwar relativ gut, aber nahezu unvorbereitet

mit: „Wir haben von der Heeresverwaltung einen Auftrag zur Herstellung eines neuen Sprengstoffes erhalten.“

Dieser hieß Nitrolit und gehörte zu den Dynamiten. Ab April 1915 konnte die Produktion beginnen. Sie lag zwischen 4000 und 4800 Tonnen im Jahr. Der Werkleiter der Farbenfabrik Wolfen teilte am 18. 9. 1915 der AGFA-Zentrale in Berlin mit, daß „Nitrolit der einzige in großem Maßstab von uns fabriizierte Sprengstoff ist“.

In seiner Aufstellung verschwieg das Gewerbeaufsichtsamt bewußt die Produktion



Gasvergiftete französische Soldaten im Ersten Weltkrieg

hatte er nur eine kurze Auseinandersetzung ins Auge gefaßt. Nach dem Scheitern seiner Überrumpelungsstrategie mußte er der ökonomischen Sicherung eines länger währenden, überaus materialaufwendigen Krieges seine volle Aufmerksamkeit widmen. Bereits nach wenigen Wochen hing nicht nur bei den Mittelmächten, sondern auch auf seiten der Entente der Munitionsverbrauch an den Fronten und damit die Kampffähigkeit der Streitkräfte von der laufenden Produktion ab. Der Krieg zwang alle Beteiligten zu komplexen Veränderungen in der Wirtschaft.

Außer dem riesigen Bedarf an Rüstungsmaterial verschärfte kurz nach Kriegsbeginn ein weiterer, zu wenig ins Kalkül gezogener Faktor die Lage Deutschlands. Die Entente verband seit November 1914 in ungleich wirksamerer Weise als die Mittelmächte den militärischen Kampf mit einem ökonomischen. Durch die Sperrung des Zugangs zu den Weltmeeren und die Behinderung des Handels mit und über neutrale Länder konnte sie eine weitgehende Isolierung Deutschlands von der hochentwickelten internationalen Arbeitsteilung und dem Warenaustausch erreichen.

gegenüber. Mit Kriegsbeginn schieden 13 % aller Beschäftigten aus dem Produktionsprozeß aus.

Das Ernährungsniveau, gemessen in Kalorien, wurde halbiert. Die Reallöhne der in den Fabriken beschäftigten Arbeiter sanken auf den Stand von 1850/1854. Sie lagen damit um 30 % unter denen von 1913. Die Produktion der deutschen Volkswirtschaft fiel auf das Niveau der Jahrhundertwende zurück.

Im folgenden soll über die Kriegsrüstung im Kreis Bitterfeld berichtet werden.

Nach Angaben des Gewerbeaufsichtsamtes wurden Schießbaumwolle (Treibladungen und Schießpulver), Nitrolit, Chlorate (Explosiv- und Sprengmittel), Perchlorate (brandfördernde Mittel in Sprengstoffen), Salpeter (in Form von Säuren und Salzen als Grundmaterie für Sprengstoffe), Phosgen (chemischer Kampfstoff) sowie Aluminium, Magnesium, ein Leichtmetall für die Luftfahrt- und Automobilindustrie, das Nachrichten- und Fernmeldewesen produziert.

Man konzentrierte sich auf einen neuen Sprengstoff. Am 16. 11. 1914 teilte die Farbenfabrik Wolfen der Regierung in Merseburg

anderer Kampfstoffe, welche in der Chemiefabrik Griesheim-Elektron Bitterfeld (CFGE) und in der zum AGFA-Konzern gehörenden Farbenfabrik Wolfen hergestellt wurden. Das Kaiserreich führte seit dem 22. April 1915 mit ihnen verschiedene Arten von Gaskrieg. Dabei fanden auch solche Stoffe Verwendung, die in Bitterfeld und Wolfen hergestellt wurden. 1919 forderten Politiker, Mediziner und andere prominente Wissenschaftler vieler Staaten, Deutschland wegen des Ersteinsatzes chemischer Kampfmittel vor ein internationales Gericht zu stellen. Der Ruf verhallte, zumal auch die Armeen der Entente nach dem deutschen Gasangriff solche Stoffe einsetzten.

Inzwischen gewinnt man aus Akten der Chemiefabrik Griesheim-Elektron Bitterfeld und der Farbenfabrik Wolfen, eines AGFA-Betriebes, sowie aus dem Buch von Dieter Martinetz „Der Gas-Krieg 1914–1918“ neue Einsichten über die spezifische Rolle von Werken des Kreises Bitterfeld.

Der erste Gasangriff, den das deutsche Heer mit Chlor unternahm, erfolgte am 22. 4. 1915 im Raum des belgischen Ypern.

Hier wurde aus 6000 Stahlflaschen 5 Minuten lang Chlorgas gegen französische und kanadische Infanterie abgeblasen. Ein englischer Feldgeistlicher notierte als Augenzeuge: „Wir wollten unseren Augen kaum trauen. Eine graugrüne Wolke schwebte heran, die sich allmählich gelb färbte und alles, was sie berührte, zerstörte, auch den Pflanzenwuchs vernichtete. Kein Mensch hatte mit einer solchen Gefahr gerechnet. Die französischen Soldaten taumelten uns entgegen. Sie waren blind, husteten, keuchten, ihre Gesichter waren blau angelaufen. Vor Todesangst waren sie sprachlos. An diesem Tag starben 4500 Männer qualvoll, und 15 000 weitere gingen der Truppe wegen Gasvergiftungen verloren.“

Nach Beginn der chemischen Massenangriffe im Westen und Osten wurde Chlor zu einem wichtigen Bestandteil der deutschen Kriegstechnik. Von den Armeen Frankreichs, Rußlands, Großbritanniens und der USA wurden danach ebenfalls Massenangriffe unter Einsatz auch anderer chemischer Substanzen gegen die deutschen und österreichischen Armeen unternommen.

Hauptlieferanten von Flüssigchlor waren auf Seiten Deutschlands die Chemische Fabrik Griesheim-Elektron in Bitterfeld mit 34 500 t, die Badischen Anilin- und Sodafabriken Ludwigshafen (BASF) mit 23 600 t und die Firma Bayer Leverkusen mit 14 047 t.

Als drittgrößter Chlorerzeuger im 1. Weltkrieg galt auch der Bitterfelder Betrieb des Salzbergwerks Neu-Staßfurt, obwohl er in der umfangreichen Literatur zum Krieg mit chemischen Kampfmitteln kaum Erwähnung findet.

Bereits Ende 1914/Anfang 1915 übernahm die Chemische Fabrik Griesheim-Elektron (CFGE) die Vorbereitungen zur Herstellung von Phosgen, genannt „Grünkreuz“ – einem Kampfstoff, der sowohl allein als auch durch Beifügung zu Chlor einsetzbar war.

Das Gewerbeamt bei der Regierung in Merseburg erklärte am 6. 9. 1915 schriftlich, daß gegen die Genehmigung zum Betrieb der Phosgen-Fabrik in Bitterfeld nichts einzuwenden sei. Doch bereits sieben Tage zuvor hatte die CFGE von der Pionierabteilung beim Kriegsminister den Auftrag zur Produktion von Phosgen mit dem Zusatz von flüssigem Chlor erhalten. Das fertige Gemisch war zunächst in Kesselwagen der Eisenbahn an verschiedene Stellen weiterzuleiten, wo es dann für den militärischen Einsatz in Trägermittel (Flaschen, Granaten, Minen u. a.) gefüllt wurde. Der Arzt des 35. Gaspionierregiments, Alfred Schroth, beschrieb die Wirkungen eines Phosgen-Angriffs so: „All jene Fälle aber, die wir zwei oder drei Stunden nach dem Angriff in Stellung durch den Tod verlieren, bieten einen Anblick größten Entsetzens. Atemnot und Hustenreiz steigern sich bis zum Erstickungsanfall. Der anfangs zähe und spärliche Auswurf macht einem dünnflüssigen und schaumigen Auswurf Platz, der allmählich blutig gefärbt ist und schließlich aus der Nase herausquillt. Das Aussehen der Vergifteten wirkt verfallen, und es tritt infolge Lungenödems der Tod bei fast vollem Bewußtsein ein.“

Phosgen wurde durch die deutschen Truppen erstmals am 31. Mai 1915 im Mischungsverhältnis 20 : 80 mit Chlor an der Bzura bei Bolimow in der Nähe Warschau – der sogenannten Ostfront – aus 12 000 Flaschen abgeblasen. Dadurch fanden 1101 russische Soldaten einen qualvollen Tod, während 8934 weitere vergiftet wurden.

Ein Gasangriff des deutschen Heeres mit Phosgen und Chlor fand am 19./20. Oktober 1915 bei Reims in Frankreich statt. Es wurden 500 000 kg Kampfstoff aus 25 000 Gasflaschen abgeblasen. Der mörderischste Angriff erfolgte am 29. Juni 1916 bei Doberdo, wo 5000 italienische Soldaten umkamen.

Neben dem Aufbau der Phosgenfabrik wurde im September 1915 bei der CFGE auch die bereits vorhandene Chloratfabrik zur Herstellung von Sprengstoffen, Explosiv- und Zündmitteln erweitert.

Die Unternehmen, welche an der Herstellung von chemischen Kampfstoffen beteiligt waren, arbeiteten auf diesem Gebiet – wenn auch nicht ohne Konkurrenzkampf – zusammen. Die zentrale Koordinierung der vom Kriegsministerium geforderten Mengen erfolgte durch Carl Duisberg, Mitbegründer der „Interessengemeinschaft der deutschen Teerfabriken“, aus denen 1915 die IG Farbenindustrie AG entstand.

Mitte des Jahres 1917 gelangte ein völlig neues Giftgas zum Einsatz: das deutsche „Blaukreuz“, das auch unter dem Namen Clark 1 bekannt wurde. In Form feinsten Schwebstoffteilchen war es dazu in der Lage, die Atemschutzfilter der Gasmasken zu durchdringen und die Betroffenen zu deren Herunterreißen zu zwingen.

Die Symptome begannen mit einem Niesreiz und einer starken Sekretabsonderung. Hustenreiz und Atemnot schlossen sich an. Die einsetzenden Kopfschmerzen steigerten sich ins Unerträgliche. Diese Erscheinungen wurden von Brustschmerzen sowie Übelkeit begleitet, die bald zum Erbrechen führte. Schwindel, Schwäche und ein ausgeprägtes Muskelzittern kamen hinzu.

Clark I und der nachfolgende Giftstoff Clark II wurden in Deutschland von den Chemiefirmen Höchst, AGFA Wolfen und Cassella zwischen März 1917 und November 1918 produziert. Die Gesamtproduktion von Clark I betrug 8037 t, die von Clark II insgesamt 3263 t.

Die Herstellung von Clark II begann spätestens im Februar 1918 in Wolfen, denn bis zum 6. März d. J. wurden bereits 18 404,5 kg davon an die Blausäure-Füllstelle der kaiserlichen Gas-Truppen ausgeliefert.

Die Farbenfabrik Wolfen war an der deutschen Gesamtproduktion mit 1725 t Clark I (21,5 %) und 1045 t Clark II (32,0 %) beteiligt. Sie erfolgte bis Kriegsende.

Nur wenige Tage nach dem ersten Einsatz von „Blaukreuz“ setzte Deutschland den Kampfstoff „Gelbkreuz“ oder Lost ein. Aufgrund des schwach meerrettichartigen Geruches nannten ihn die Engländer „mustard gas“ (Senfgas), aufgrund seiner drastischen Wirkungen auch „hun stuff“ (Hunnenstoff), während die Franzosen ihn nach dem Einsatzort „Yperite“ bezeichneten. Das Vergiftungsbild von „Gelbkreuz“ wurde

folgendermaßen beschrieben: „Erst nach sechs Stunden traten die ersten Vergiftungserscheinungen zutage. Heftige Bindehautentzündungen mit Lichtscheueheit verwandelten die Vergifteten vorübergehend in Blinde. Eine brennende Blasenbildung beschränkte sich nicht nur auf die unbedeckten Körperteile, sondern setzte sich unter den Kleidern fort und ließ nur jene Teile unberührt, welche von dem Gürtel und den Hosenträgern bedeckt waren. Die Beschädigung der Lungen verbunden mit Dysphonie (Störungen der normalen Stimmbildung) vervollständigten das klinische Bild.“

Bei der Obduktion von Lost-Opfern fand man starke Schwellungen an Kehlkopf und Stimmbändern. Die Luftröhre war mit einer dünnen, schaumigen Flüssigkeit angefüllt, die Lunge selbst wog das Doppelte des Normalgewichts und fühlte sich fest und kompakt an. Teile der Lungenflügel versanken in Wasser, das Herz hatte ebenfalls das Doppelte des Normalgewichts, und die Venen über der Gehirnoberfläche enthielten unzählige Gasbläschen. „Wenngleich der Anteil der durch Lost zu Tode Gekommenen sowie von Dienst- oder Arbeitsuntauglichkeit Betroffenen „nur“ etwa 1,8 bis 2,5 % ausmachte, waren monatelange Krankheit und erst Jahre nach dem Krieg auftretende Folgeerkrankungen und Spätwirkungen (Krebs) feststellbar.“

Am 15. Februar 1918 übernahm Dr. Geldermann von der Farbenfabrik Wolfen spezielle Aufgaben zur weiteren Entwicklung des Kampfstoffes Delost, wie der Tarnname des Kampfstoffes Lost lautete, der aus Ethylen und Schwefeldichlorid erzeugt wurde.

Noch Ende Oktober 1918 erhielt die AGFA-Fabrik Wolfen/Greppin den Auftrag für eine monatliche Produktion von 500 t.

Abschließend sei vermerkt, daß in der Farbenfabrik Wolfen während des Krieges mindestens 15 Testverbindungen für Reiz- und Wirkstoffe entwickelt wurden, die mögliche Grundlagen für weitere chemische Kampfstoffe bildeten.

In der Literatur zu deren Einsatz wird davon ausgegangen, daß mindestens 150 000 t produziert wurden, von denen etwa 125 000 t zur Anwendung gelangten. Deutschland dürfte an den erzeugten und versprühten Mengen mit mehr als der Hälfte beteiligt gewesen sein.

Nach Angaben aus den 30er Jahren betrug die Anzahl der Gasvergifteten zwischen 1 008 838 und 1 296 853 Personen, die Zahl der Gastoten 79 190 bis 91 198. Für Deutschland werden 78 663 bis 107 000 Gasgeschädigte angegeben, von denen 2280 bis 4000 starben.

Übrigens setzten die Bosse des Bitterfelder Chemiereviere ihr profitables Geschäft mit dem Tod auch in der Zeit des 2. Weltkrieges fort. In den 40er Jahren entwickelte und produzierte die Farbenfabrik Wolfen das Blausäuregas Zyklon B, durch das in Auschwitz und anderen Vernichtungslagern der deutschen Faschisten Millionen Menschen – vor allem Juden, Sinti und Roma, aber auch Angehörige vieler Völker Europas – grausam ermordet worden sind.